

**Antrag**

Hannover, den 15.01.2018

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU**Autobahnprojekte vorantreiben - Verkehrskoordination stärken - Staus vermeiden**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

Im Zuge der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplans 2030 stehen in den kommenden Jahren erhebliche Baumaßnahmen auf den niedersächsischen Autobahnabschnitten sowie Bundesfernstraßen an. Hierzu zählen neben dem Neu- und Weiterbau der A 20 und A 39 vor allem die Lückenschlüsse im Verlauf der A 26 und A 33 sowie der Ausbau der wichtigen Transitrouten A 1, A 2, A 7, A 30 und E 233.

Dadurch sollen insbesondere die Belastungen für Pendlerinnen und Pendler im Umland von Hamburg, Bremen und Hannover verringert werden. So fahren täglich rund 400 000 Pendlerinnen und Pendler nach Hamburg, rund 124 000 Pendlerinnen und Pendler nach Hannover und rund 130 000 Pendlerinnen und Pendler nach Bremen.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. die im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans verankerten Projekte zügig voranzutreiben,
2. die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zu stärken und dabei allen Beschäftigten der Bauverwaltung eine Beschäftigungsgarantie zu geben,
3. sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb der Bundesautobahnen so lange wie möglich in Landeszuständigkeit verbleibt, um die in Angriff genommenen Projekte möglichst zur Baureife zu führen und zu realisieren,
4. die Ausstattung der Autobahnmeistereien zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen,
5. die ROADS-Software (Roadwork Administration And Decision System) oder ein vergleichbares Instrument an den wichtigen Verkehrsachsen anzuwenden,
6. die Verkehrskoordination mit den Ländern Hamburg und Bremen zu verbessern und hierzu eine Stabsstelle als Ansprechpartner für das regionale Baustellen- und Staumanagement einzurichten,
7. gemeinsam mit dem Bund Maßnahmen zu identifizieren, um Baustellen insbesondere an Unfallschwerpunkten flexibler gestalten und früher aufheben zu können,
8. beim Bund einzufordern, die Bewirtschaftung von Lkw-Stellplätzen an Autobahnen zu verbessern und Überlastungen der Parkplätze durch intelligente Steuerungssysteme zu vermeiden,
9. in Zusammenarbeit mit der Verkehrsmanagementzentrale Niedersachsen die Echtzeitinformation von Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern zu verbessern und um ein Baustelleninformationssystem zu erweitern,
10. in einer engeren Abstimmung von Straße und Schiene zu vermeiden, dass auf zentralen Verbindungen gleichzeitig Baumaßnahmen auf Straße und Schiene durchgeführt werden,
11. den Einsatz von Verkehrstelematik zur Stauprohylaxe und -auflösung und nicht zuletzt zur Vermeidung von Auffahrunfällen an Stauenden zu verstärken.

## Begründung

Durch die Zunahme von Pendlerströmen sowie eine Zunahme von Baustellen ist nicht mit einer Entspannung der Verkehrsverhältnisse zu rechnen. Die Großprojekte aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 und damit insbesondere die Baustellen werden den Verkehr an A 1, A 2, A 7, A 20, A 26, A 27, A 30, A 39, E 233 sowie der B 6, der B 74, der B 212 und der B 322 in den nächsten Jahren stark beeinflussen.

Im Zuge der Digitalisierung wachsen die Möglichkeiten einer Verkehrslenkung in Echtzeit, z. B. durch Anwendung der ROADS-Software. Die bisherige Arbeit des Verkehrs-Koordinationskreises (VKK) sowie die jährliche Abstimmung der niedersächsischen und hamburgischen bzw. bremischen Behörden sollte um eine effektivere Abstimmung der drei Länder ergänzt werden. Zudem soll DB Netz eingebunden werden, damit es nicht zu zeitgleichen Baumaßnahmen auf Schiene und Straße kommt.

In der Koordinierungsstelle sollte ein intelligentes und digitales Baustellenmanagement genutzt werden, um den Verkehr zu entlasten und Staus zu vermeiden. Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer sollten möglichst frühzeitig auf Baustellen hingewiesen und gegebenenfalls umgeleitet werden. Auf der Grundlage erfasster Daten und weiterer Parameter, wie (Ferien-)Kalender, Reiseplanungen, Wetter, Fahrzeugmessungen usw., sollten jede Bauphase und ihre Auswirkungen, wie z. B. einspurige Verkehrsführung oder Vollsperrung, im Internet dargestellt und in andere Verkehrslitsysteme, insbesondere Navigationssysteme in Kraftfahrzeugen, eingespeist werden. Die Datenerhebung und -verwaltung sowie deren Ausgabe sollte durch landeseigene Serverdienste erfolgen.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder  
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer